

zur Wiederherstellung von Integrität und Ehrenhaftigkeit der Politik in diesem Land ergriffen wurden.

Die lähmende Last hoher Lebenshaltungskosten, die durch unzureichende Beschäftigungsmöglichkeiten verursachten ökonomischen Schwierigkeiten und eine Vielzahl anderer Widrigkeiten, die die Wirtschaft bedrücken, erfordern dringende Maßnahmen.

Wir haben uns an eine wirtschaftliche Ordnung gewöhnt, die es im Namen einer offenen Wirtschaft zugelassen hat, einer kleinen erlesenen Gruppe auf skrupellose Weise Vorteile zukommen zu lassen, während der Rest der Gesellschaft in Armut und Elend dahinsiecht. Unentbehrliche Dienstleistungsbereiche, zu denen auch das Gesundheits- und Erziehungswesen gehören, wurden erbärmlich vernachlässigt.

Die Sicherstellung einer wirklich freien und wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist eine der Aufgaben, denen unsere neue Regierung höchste Priorität einräumt. Alle Geschäfte müssen offen und ehrlich abgewickelt werden. Das Vorhandensein einer klaren Perspektive für Entwicklung würde das erweiterte und dynamische Wachstum der nationalen Produktion sicherstellen, sowie darüber hinaus für unsere Jugend neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommensquellen erschließen. Ausländische Investitionen erhalten Unterstützung und Schutz. Durch eine gerechte und effiziente Verteilung von finanziellen Erlösen und wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten werden wir dafür sorgen, daß die Früchte dieser Entwicklung auch die ärmeren Teile unserer Bevölkerung erreichen.

Im Angesicht starker Bemühungen, sie in den Abgrund der Dunkelheit sowie gefährlicher und wilder Gesinnungen von rassistischem Haß und Fanatismus zu stoßen, haben sich unsere Menschen äußerste Zurückhaltung, Überlegung und politischen Scharfsinn auferlegt.

Sie haben ein Mandat für Frieden und menschliche Werte ausgesprochen. Sie haben der Welt überzeugend bewiesen, daß die Macht der Gewehrkugel durch den Stimmzettel geschlagen werden kann. Ihr Bekenntnis zur Demokratie zeugt von ergreifendem Mut.

Die Jugend unseres Landes hat unseren Ruf erhört, sich von Ge-

walt fernzuhalten und mit uns das Banner von Freiheit, Demokratie, menschlicher Würde und Wohlstand für alle aufzugreifen. Unserer Jugend gebührt Huldigung, denn sie hat ihre Hoffnung in unsere Fähigkeit darin gesetzt, daß wir diese Werte wieder sichtbar machen. Die verheerenden Auswirkungen des Krieges im nördlichen Teil unseres Landes haben uns, was die Verluste an menschlichem Leben und Ressourcen betrifft, einen hohen Preis abverlangt.

Die Abstimmung unserer Menschen in der jüngsten Wahl läßt für mich keinen Zweifel darüber aufkommen, wie tief und intensiv sie sich Frieden herbeisehnen und für ihn bereit sind. Trotz allem muß es ein ehrenhafter Frieden für beide Konfliktparteien sein, wenn er stark und dauerhaft sein soll.

Meine Regierung und ich werden unser Streben nach Frieden fortsetzen, obwohl wir wissen, daß der Weg dorthin schwer und verschlungen ist. Wir werden sicherstellen, daß unser Friedensansatz einerseits in vollem Umfang den Randbedingungen entspricht, die notwendig sind, um die Rechte der sinhalesischen Bevölkerung zu sichern und zu stärken, während er andererseits die Würde, die Selbstachtung und die Gleichberechtigung in der Behandlung aller Gemeinschaften anerkennt. Dieses wird die notwendige Basis einer Verhandlungslösung für das ethnische Problem bilden.

Wir sind in hohem Maße von den schädlichen Auswirkungen des exekutiven Präsidialsystems als Regierungsform auf die Kraft und Vitalität des demokratischen Lebensstils unserer Menschen überzeugt. Deshalb haben wir ernsthaft für eine Beseitigung dieses Makels aus der Verfassung unseres Landes plädiert.

Während ich mich der Verwirklichung dieser Ziele verschreibe, bitte ich um eine Fortsetzung der bisher geleisteten Unterstützung und Zusammenarbeit. Die Hoffnung und das Vertrauen, das Sie in uns gesetzt haben, ist das Licht, welches unseren Weg erhellt. Die Führung und Unterstützung, die Sie uns erwiesen haben, gibt uns den Mut und die Entschlossenheit zum Weitermachen. Lassen Sie uns gemeinsam bisher unerreichte Höhen erklimmen! Lassen Sie uns den schweren, aber schönen Traum in die Realität umsetzen!

(Übersetzung: Michael Mertsch)

Wahlfälschungen schmälern Sieg der neuen Präsidentin

In den allermeisten Regionen Sri Lankas verlief der Urnengang am 9. November ohne größere Zwischenfälle - im Gegensatz zu den Parlamentswahlen im August. Zu größeren Wahlfälschungen und Fälschungsversuchen kam es vor allem im Hochland der Insel. Dort war das Südasienbüro-Vorstandsmitglied Jorge Scholz als internationaler Wahlbeobachter. Nachfolgend sein Bericht.

"Das ist ein Sieg ohne Würde", entfuhr es Balakrishnan bitter, als in den frühen Morgenstunden des 10. November im Fernsehen die ersten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom Vortag über den Bildschirm flimmerten und mit über 62 Prozent einen Erdrutschsieg für Chandrika Kumaratunga und ihre 'People's Alliance' (PA) verkündeten. "Weltrekord", jubelten später die staatlichen Medien. Der Ärger des Menschenrechtsaktivisten war verständlich, hatten wir doch als Beobacherteam der unabhängigen Organisation 'Movement for free and fair elections' (MFFE) im zentralen Kandy-Distrikt miterlebt, mit welchen Methoden Aktivisten und Politiker der PA dem glänzenden Resultat nachgeholfen hatten.

Zum Beispiel im abgelegenen Hochlandbezirk Patha Dumbara: Hier begegnete uns auf den schmalen Gebirgspisten ein aus sieben Fahrzeugen bestehender Jeep-Konvoi. Im Vorbeifahren konnten wir erkennen, daß einige der Insassen Schnellfeuergewehre trugen. Wenige Minuten später berichtete bei unserer Ankunft im Wahllokal der Ortschaft Kellebokka ein Mitglied der Wahlkommission - noch sichtlich unter Schock stehend -, daß soeben eine Gruppe Bewaffneter den Raum betretend, die Herausgabe von Wahlzetteln erzwungen und zwanzig bis dreißig gefälschte Stimmen in die

Urne gestopft hatte. Der Wahlleiter behauptete zwar auf Nachfrage, daß die Männer gültige Wahlbenachrichtigungen vorweisen konnten. Außerhalb des Wahllokals trafen wir jedoch auf Plantagenarbeiter, die uns erzählten, daß man ihnen diese Benachrichtigungen mit Gewalt abgenommen hatte. Ähnliches spielte sich nach unseren Recherchen in den benachbarten Ortschaften Madulkelle, Mahapathana und Kosgama ab, die von derselben Gang heimgesucht wurden. Einer der Jeeps der Bande konnte später anhand des Kennzeichens als Privatwagen eines Lokalpolitikers der PA identifiziert werden.

Schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen hatten Bewaffnete in der Region versucht, potentielle Wählergruppen der UNP-Kandidatin Srma Dissanayake, die in Kandy ihren Wahlkreis hat, mit massiven Einschüchterungsversuchen vom Urnengang abzuhalten. In Patha Dumbara betraf dies vor allen Dingen die Minderheit der indisch-stämmigen Hochland-Tamilen, die auf den umliegenden Teeplantagen ihren Lebensunterhalt verdienen. Die meisten dieser Plantagenarbeiter und Teeplückerinnen sind im traditionell UNP-treuen 'Ceylon Workers Congress' (CWC) organisiert. Dank der Unterstützung durch den CWC konnte die UNP auch bei den

Parlamentswahlen im August im Distrikt Kandy mit über 52 Prozent ein beachtliches Ergebnis erzielen. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen wechselte zwar CWC-Führer Thondaman - belohnt mit einem Ministerposten - in das Lager der PA. Doch wollte man es aber offenbar nicht dem Zufall überlassen, ob auch die Basis im Stimmverhalten dem Beispiel ihres Vorsitzenden folgt: So schilderten uns gegenüber Betroffene einer tamilischen Wohnsiedlung, daß Unbekannte am Vorabend des Wahltages vor ihren Häusern mehrere Schüsse in die Luft abgefeuert und vor der Stimmabgabe gewarnt hätten. Die mutmaßlichen PA-Leute drohten demnach außerdem an, in den nächsten Tagen wiederzukommen, um sich die unbenutzten Wahlbenachrichtigungen zeigen zu lassen. Ein Bewohner bestätigte auf Nachfrage, daß niemand der rund 125 Erwachsenen dieser Siedlung vom Stimmrecht Gebrauch machen würde.

Zum Beispiel im ländlichen Umland der Kleinstadt Gampola: Hier führten Attacken gegen die von der UNP benannten Mitglieder der Wahlkommissionen und Morddrohungen gegen deren Familien dazu, daß die Oppositionspartei den Ausschüssen der meisten Wahllokale nicht vertreten waren. Der einzige UNP-Repräsentant, den wir antrafen, hatte die Drohungen ignoriert. Nun aber, so gestand er uns, fürchte er sich vor Racheakten gegen sich und seine Familie. In zwei weiteren Fällen, so erfuhren wir, wurden UNP Vertrauensleute auf dem Weg zu ihrem Wahllokal von PA-Männern überfallen und der Nominierungspapiere und Wählerregister beraubt. Die systematische Vertreibung der UNP-Vertreter aus den Aufsichtskommissionen diene offenbar dem Zweck, Manipulationsversuche zu erleichtern. In der Station Kahatapitiya beobachteten wir beispielsweise innerhalb von fünf Minuten drei Minderjährige mit PA-Stickern am Hemd, die wählen wollten. Ob der Kommissionsvorsitzende die Jugendlichen auch ohne unsere Anwesenheit abgewiesen hätte, bleibt dahingestellt.

In der Umgebung der von uns besuchten Urnenstandorte - zumeist Schulen - fiel uns außerdem die massive Präsenz von PA-Aktivisten auf, die alle Zugangswege säumten. Manche der Männer, die sich mit blauen Kapfen oder blauen T-Shirts als Anhänger der Chandrika-Partei zu erkennen gaben, ließen bei unserer Ankunft Stöcke hinter ihrem Rücken verschwinden. UNP-Wähler mußten also beim Gang zum Wahllokal erheblichen Mut aufbringen. Als Indiz für den Erfolg dieser Abschreckungsstrategie und das Ausmaß der bei UNP-Gefolgsleuten herrschenden Angst vor Übergriffen durch PA-Anhänger ist festzuhalten, daß im Straßenbild der ländlichen Gebiete im deutlichen Kontrast zur Situation in der Stadt, UNP-Parteigänger mit ihrer Erkennungsfarbe grün völlig fehlten.

Wie sehr die einstige Regierungspartei in die Defensive geraten war, erlebten wir beim Besuch des UNP-Bezirksbüros in Gampola: Der Parlamentsabgeordnete und Ex-Minister Abdul Cader, ein Moslem, hockte bei unserem Eintreffen verängstigt in seinem Arbeitszimmer und beobachtete aus sicherer Entfernung die gegenüberliegende Straßenseite, wo eine

schweigende Menschenmenge wartete. Auch hier trugen viele der Demonstranten blaue Baseballmützen und blaue Hemden. Vor dem Eingang der Parteizentrale standen mehrere Polizeijeps. Einer der Uniformierten war hinter einem aufmontierten Maschinengewehr in Stellung gegangen. Cader klagte, daß er und seine Mitarbeiter schon den ganzen Tag über belagert würden und niemand das Haus verlassen konnte.

Hier trafen wir auch mehrere der UNP-Wahlhelfer, die sich aufgrund der anhaltenden Drohungen nicht getraut hatten, ihr Amt wahrzunehmen. Ein älterer Mann erzählte mit zitternder Stimme, daß er nach dem Verlassen des Wahllokals von zwei Männern zusammengeschlagen worden sei. Die beiden hatten ihn in den letzten Wochen wiederholt gewarnt, nicht zur Wahl zu gehen. Zum Beweis seiner Geschichte entblöste der alte seinen mit frischen Blutergüssen bedeckten Körper.

Nach Schließung der Wahllokale treffen wir auf der Rückfahrt nach Kandy zufällig den "Election Commissioner" des Distrikts. Wir schildern unsere Beobachtungen und der oberste Wahlaufseher des Gebietes verspricht, höchstpersönlich die Auszählung der verdächtigen Urnen des Bezirks Patha Dumbara zu überwachen. Einige Tage später erfahren wir aus der Presse, daß die Stimmen von sieben Wahlurnen im Patha Dumbara aufgrund erheblicher Unstimmigkeiten und massiver Wahlfälschungen durch einen lokalen PA-Politiker annulliert wurden.

Chandrika Kumaratunga zeigte sich gegenüber Journalisten besorgt, daß die Methoden ihrer übereifrigen Parteifreunde ihren Erfolg in Kandy schmälern könnten: Immerhin holte die neue Präsidentin in der einstigen UNP-Hochburg überraschende 56,64 Prozent der Stimmen. Für die UNP-Kandidatin blieben in ihrem Heimatwahlkreis genau 41,68 Prozent. Auch dies meldete das Fernsehen in den frühen Morgenstunden des 10. November mit seriös wirkender Präzision...



Die neue Präsidentin mit ihrer Mutter Sirimavo Bandaranaike, der zukünftigen Premierministerin
(Foto: 'Frontline')